



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 10 Juli 1884.

Nr. 317.

## Deutschland.

Berlin, 9. Juli. Ueber die Fortgewäh-  
rung des Dienstinkommens an die zu  
Militär-Übungen einberufenen diätarisch  
beschäftigten Hilfsarbeiter der allgemeinen Bauver-  
waltung hat der Minister der öffentlichen Arbeiten  
durch Erlass vom 25. v. Mts. bestimmt, daß die  
Regierungs-Präsidenten hinsichtlich der als Offiziere  
einberufenen, zu dauernder Beschäftigung übernommenen  
Regierungs-Baumeister nach Lage der persönlichen  
Verhältnisse der betreffenden Beamten zu entscheiden  
haben, ob und inwieweit die denselben aus Militär-  
fonds zuzulehrenden Tagelöhne auf ihre fixierten Bezüge  
anzurechnen und ob ihnen letztere ungeschmälert zu be-  
lassen sind. Den zu den Mannschaften des Beur-  
laubtenstandes gehörenden Beamten werden ihre Dienst-  
bezüge ohne Anrechnung der Militär-Kompetenzen fort-  
gewährt. Den nur vorübergehend beschäftigten Hilfs-  
arbeitern wird während der Dauer der militärischen  
Übungen ein Einkommen aus Zivilfonds in der Re-  
gel zwar nicht gezahlt, der vorgelegte Regierungs-Prä-  
sident ist jedoch ermächtigt, auch diesen Beamten ihr  
bisheriges Einkommen weiter zahlen zu lassen, sofern  
hierfür besondere Gründe der Billigkeit sprechen. Er-  
wähnte Festzulagen oder sonstige Entschädigungen für  
Dienstausfall kommen dagegen stets in Fortfall. Bei  
den erstwähnten Entscheidungen sollen die Grund-  
sätze der allerhöchsten Dekrete vom 24. Juli 1837  
beachtet werden, in welchen die Fortzahlung der Tage-  
gelde an die „auf bestimmte Zeit angenommenen  
Diätarier“ während der Landwehr-Übungen für jeden  
Einzelfall dem veranständigten Ermessen der Behörden  
vorbehalten wird und dann ausdrücklich bestimmt ist:  
„Bei dieser Entscheidung muß jedoch der Gesichtspunkt  
der Billigkeit vorwalten, um denjenigen, welche sich  
dem Zivildienst gewidmet haben, die Erfüllung ihrer  
Pflicht zum Landwehrdienst nicht zu erschweren  
und der für das Landwehr-Institut bestehenden gün-  
stigen Stimmung keinen Eintrag zu thun.“

Berlin, 9. Juli. Der „Standard“, der aller-  
dings vielfach sensationelle Nachrichten veröffentlicht,  
bringt eine Depesche aus Newyork, wonach angeblich  
die Insel Kuba aus fünfundsiebzig Jahre durch  
Deutschland verwaltet werden soll. Bekanntlich hatte  
man in Spanien die Absicht, Kuba an die Vereinigten  
Staaten von Nordamerika zu verkaufen, wozu  
sich indes in Spanien sehr energische Opposition er-  
hob. Spanien allein vermag mit den fortwährenden  
Aufständen auf Kuba nicht dauernd fertig zu werden,  
und so ist man dort in einzelnen Regierungskreisen  
bereit, sich jenes Süßes zu entledigen. Die Nach-  
richt nun, Deutschland solle die Insel unter seine  
Verwaltung nehmen, was nach den bisherigen Erfah-  
rungen nur eine andere Form für die Annexion sein  
würde, klingt freilich recht abenteuerlich. Wir wollen  
hier nicht davon absehen, daß die Ergreifung der Verwal-  
tung von Kuba Deutschland vielleicht mit den Ver-  
einigten Staaten von Nordamerika in Konflikt brin-

gen würde. Hieron sehen wir deshalb ab, weil ein  
solcher Konflikt nicht sehr ernst zu nehmen wäre.  
Nordamerika besitzt wenig kriegerische Schiffe, ganz  
abgesehen davon, daß es den nordamerikanischen Frei-  
staaten schwer werden würde, ein Landungsboot zu  
sammenzubringen. Daraus ist also nicht zu zweifeln,  
daß Deutschland eines etwaigen bewaffneten Protestes  
sehr leicht Herr werden könnte. Aber wenn wir von  
dieser Gefahr, die wir sehr gering veranschlagen, völ-  
lig absehen, erschrint Alles in Allem die Nachricht  
dennoch höchst abenteuerlich. Fürst Bismarck hat  
erst kürzlich dem Reichstag erklärt, die Reichsregierung  
werde die Handels-Niederlassungen Deutscher in über-  
seeischen Ländern nach Thunlichkeit fördern, aber eine  
eigentliche Kolonialpolitik, die Erwerbung über-  
seeischer Länder durch das Reich sei nicht ins Auge  
gefaßt. Was aber wäre eine „Administration“ Kubas  
anderes, denn eine verkappte Erwerbung? Ohne den  
Reichstag könnte die deutsche Reichsregierung eine  
solche Administration nicht in die Hand nehmen, und  
dem Reichstag gegenüber könnte man es schwer ver-  
treten, vor wenigen Wochen Absichten bestritten zu  
haben, die, wenn sie überhaupt vorliegen, damals  
schon bestanden haben müßten. Unseres Erachtens  
bestehen solche Absichten aber nicht, und sie haben  
auch nicht bestanden. Wir halten vielmehr die Nach-  
richt des „Standard“ für eine jener Kombinationen,  
welche die Zeit der Hundstage so leicht flügge  
macht.

— Die Hoffnung, daß in oder bei Konstantinopel  
nicht die asiatische Cholera ausgebrochen ist, wird heute  
durch eine amtliche Depesche, welche aus Konstantinopel  
kommt, bestätigt. Dieselbe lautet:

„Die auswärts verbreitete Nachricht von einem  
hier vorgekommenen Cholera-Falles und mehreren  
Cholera-Erkrankungen ist gänzlich unbegründet. Das  
Gerücht ist dadurch hervorgerufen, daß in der benach-  
barten zur Schweiz gehörigen Ortsgemeinschaft Kreuzlingen  
ein zweijähriges Kind in Folge der Diphtherie starb.  
Die ärztliche Untersuchung hat diesen Sachverhalt er-  
geben.“

Die Kunde ist hoch erfreulich, denn man darf  
überzeugt sein, daß deutsche Behörden nicht die Über-  
sicht der Franzosen nachahmen, die wahren Sachver-  
halt so lange als möglich zu vertuschen. Trophäen  
können wir nur wiederholt auf Bischofs Warnung  
und Mahnung hinweisen, in jedem auch nur ver-  
dächtigen Krankheitsfall denselben als asiatische Cho-  
lera bezüglich der Schutzmaßregeln zu behandeln. Und  
es würde sicher nützlich und wertvoll sein, wenn auch  
Näheres darüber bekannt würde, ob und wie die hiesi-  
gen Behörden in den Fällen austraten, welche die  
ängstlichen Gerüchte hervorriefen.

Die neuesten Telegramme über die Cholera  
lauten:

Marseille, 8. Juli. Die Zahl der seit  
heute Vormittag 11 Uhr hier an der Cholera gestor-  
benen Personen beträgt vier.

Toulon, 8. Juli. Seit heute Vormittag  
11 Uhr sind hier sechs Personen an der Cholera ge-  
storben.

Nizza, 8. Juli. Hier sind heute 3 Personen  
an der Cholera gestorben.

Nach österreichischen Blättern sollen unter den  
aus Frankreich in Saluzzo (südwestlich von Turin)  
eingetroffenen und der Beobachtung im Lazareth un-  
terzogenen italienischen Arbeitern mehrere Cholera-  
Fälle vorgekommen sein. Ob diese Melbung als  
widerlegt zu betrachten ist durch das gestern mitge-  
theilte offizielle Telegramm aus Rom, wonach der  
Gesundheitszustand in ganz Italien ein vortrefflicher  
sein soll, muß zunächst dahingestellt bleiben. Ein heu-  
tiges Telegramm aus Rom berichtet: „Die Regie-  
rung hat für die Provenienzen aus der Schweiz die  
gleichen Maßregeln angeordnet, wie für diejenigen aus  
Frankreich.“

Der „Neuen Fr. Presse“ entnehmen wir noch  
aus Toulon und Marseiller Telegrammen: Prof.  
Dr. Koch sprach neuerdings seine Ansicht dahin aus,  
daß nur von der strengsten Fortsetzung der nöthigen  
Vorkehrungen eine Verminderung der Gefahr, daß sich  
die Cholera weiter verbreiten wird, zu erwarten sei.  
Nach seiner Meinung werde die Epidemie denselben  
Weg wie im Jahre 1865 nehmen.

— In der Kapstadt wurde jüngst das Gerücht  
verbreitet, die deutsche Reichs-Regierung habe die  
Absicht, überseeische Strafkolonien anzulegen. Die  
„Nord. Allg. Ztg.“ hat zwar dieses Gerücht als aus der  
Luft gegriffen bezeichnet, allein das Dementi darf nicht  
so gedeutet werden, als ob die Reichsregierung die  
Deportationsfrage bereits im verneinenden Sinne ent-  
schieden habe. Wie verlautet, hat sich der Bundes-  
rath bisher nur ein einziges Mal mit dem Gedanken  
der Errichtung einer überseeischen Verbannungstation  
für Verbrecher beschäftigt, und zwar gegen Ende 1879.  
Damals wurde im Bundesrath die Deportationsfrage  
nur akademisch aufgeworfen und von einem Eingehen auf  
dieselbe Abstand genommen. Es ist allerdings, zumal  
nach den jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers über  
die Kolonisationsfrage, nicht anzunehmen, daß sich die  
Reichsregierung früher oder später für Anlegung über-  
seeischer Strafkolonien entscheiden werde. Als in  
Preußen zu Anfang dieses Jahrhunderts durch Ab-  
schluß eines Vertrages mit Rußland der Verzicht un-  
ternommen wurde, gefährliche Verbrecher durch Depor-  
tation nach Sibirien aus dem Lande zu schaffen,  
machte man damit die schlimmsten Erfahrungen und  
verzichtete schon bald auf die Veranlagung der russischen  
Kongresse. Die im Jahre 1847 auf dem ersten  
vereinigten Landtage gegebene Anregung, überseeische  
Strafkolonien anzulegen, blieb deshalb ohne Erfolg,  
well die Ansicht vorherrschte, daß Preußen, wenn es  
in fremden Welttheilen Land erwerben und daselbst  
Verbrecher-Kolonien gründen und verwalten wollte,  
dazu Summen aufwenden müßte, welche die demaltes  
aufgewendeten erheblich übersteigen würden. Im Jahre

1878 sprach sich der internationale Gefängnis-Kon-  
gress zu Stockholm fast einstimmig gegen die Depor-  
tation aus und die russischen Abgeordneten erklärten,  
daß ihre Regierung beabsichtige, die Verschickung nach  
Sibirien ganz fallen zu lassen und dafür die Praxis  
einzuführen, daß den Verurtheilten die Wahl gelassen  
werden solle, entweder in einem Gefängnis die Strafe  
zu verbüßen oder als freier Arbeiter nach Sibirien ge-  
bracht zu werden. Im Jahre 1880 nahm die rhein-  
isch-westfälische Gefängnis-Gesellschaft einen Antrag  
an, daß die Gesellschaft sich dahin aussprechen wolle,  
„daß die Deportation unter den gegenwärtigen Um-  
ständen ungewöhnlich und undurchführbar erscheine,  
daß vielmehr die General-Versammlung in der schnel-  
len Durchführung der Gefängnis-Reform eine drin-  
gende Forderung der Gegenwart erblicke.“ In Eng-  
land wurde seit 1857 die Deportation als Straf-  
mittel und als Ausführung eines richterlichen Erkennt-  
nisses abgeschafft, und auch Frankreich hat mit dieser  
Strafart die übelsten Erfahrungen gemacht. Man  
sollte demnach meinen, daß sich die deutsche Reichs-  
regierung niemals für Anlegung überseeischer Straf-  
kolonien entscheiden würde, auch wenn sie später  
etwa dazu überginge, überseeische Kolonien zu er-  
werben.

— Die Landtagswahlen in Wien und den  
übrigen Städten von Niederösterreich sind zu Gunsten  
der Liberalen ausgefallen. Ueberall wurden die Kan-  
didaten der deutsch-liberalen Partei gewählt, sogar der  
einzig zulezt von einem Kleinkalen vertretene Stadt-  
bezirk Niederösterreichs, Klosterneuburg, wurde wieder-  
gewonnen. Immerhin sind die starken Minoritäten  
der Oppositionskandidaten bedenkliche Symptome, so  
daß die „N. Fr. Pr.“ mit Recht hervorhebt:

„Man kann aus ihnen erkennen, wie langsam  
die Ernüchterung vorschreitet, und wie sehr es der  
Energie der liberalen Partei bedarf, um ihre Stel-  
lung in Wien zu behaupten und zu befestigen. Hoff-  
en wir, daß bis zu den nächsten Reichsrathswahlen  
die Erkenntniß von dem politischen Interesse und  
Bedürfnissen der Reichshauptstadt weitere Fortschritte  
gemacht haben wird, und daß die fünfzigjährigen-Män-  
ner, auf welche die Gegner der liberalen Partei —  
wir wissen nicht warum — große Hoffnungen setzen,  
zeigen werden, daß zwischen ihnen und den größeren  
Steuerzahlern kein Unterschied des Interesses und der  
politischen Ueberzeugung besteht.“

— Ueber das bereits an dieser Stelle dementi-  
rte Gerücht von einem Attentat bei Pola wird der  
„Politischen Korresp.“ aus Triest gemeldet: Es ist  
in Divacca keine Verhaftung vorgenommen und kei-  
nerlei Attentat gegen irgend einen Eisenbahn-Trajan  
unternommen worden. Das Gerücht, das hier mo-  
mentan allenthalben große Beunruhigung hervorrief,  
dürfte auf die Täuschung zurückzuführen sein, daß auf  
dem hiesigen Bahnhof ein Mann verhaftet worden  
ist, der sich eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit  
schuldig gemacht hat.

## Feuilleton.

### Ein erster Heirathsantrag.

Von Ernst Ziegler aus Stettin.

(Fortsetzung.)

„Ich bitte Sie,“ sagte er zu seinem Freunde  
Blechmann, den er im Café kennen gelernt, und dem  
te sein unglückliches Debut unter dem Siegel der  
Berschwiegenheit mitgetheilt hatte; „ich bitte Sie,  
lieber Freund, wie soll ich es nur anfangen? Ich  
habe seit jenem Tage eine Heirathsantrag vor den Da-  
men. Ich weiß nicht zu helfen.“  
„Wissen Sie was,“ sagte Blechmann eines Ta-  
ges, „machen Sie es, wie die Anderen.“  
„Wie denn?“  
„Nun, mein Freund, ganz einfach, schreiben Sie  
eine Annonce.“  
„Eine Annonce?“  
„Natürlich. Sie sagen, was Sie sind und  
was Sie wollen. . . Sie wollen doch heirathen?“  
„Hei . . .?“  
„Ja, das ist ja ganz einfach. Sie sind ver-  
mögend, sechsundzwanzig Jahre alt, haben ein schö-  
nes Einkommen . . .“  
„Aber der Vater . . .“  
„Schenken Sie ihm nur eine reiche Schwieger-  
tochter! Was meinen Sie, was er dann sagen  
wird? Was glauben Sie, wird ganz Jägerndorf

sagen? „Ein verfluchtes Kerlchen dieses Kerlchen!“  
werden sie sagen. Hab' ich Recht?“

„Ja! Sie haben Recht, aber . . .“  
„Ja, Fremden, da gibt es kein „aber“. Das macht man so . . .“ und er zog seine Brief-  
tasche hervor, ließ ein Blatt heraus und schrieb  
darauf:

„Erster Heirathsantrag“  
„Sie müssen „erster“ schreiben, weil hier in  
Wien oft mit den heiligsten Sachen Scherz getrieben  
wird . . .“

„Ein junger Ingenieur von angenehmem  
Aussehen und einem jährlichen Ein-  
kommen von 2400 fl.“

„Ich habe Diäten und Reisepfennig, wollen Sie  
das nicht hinzusetzen?“

„Nein, seien wir kurz, erhöhen wir die Ziffer,  
sagen wir 3000 fl. Ubertreiben Sie nicht. Die  
Sache muß durch und durch solid und vertrauen-  
erweckend sein.“

„Natürlich.“  
„Sucht eine Lebensgefährtin.“

„Lieben Sie die Blondinen oder die Brünetten?“  
„Nun, die Blondinen habe ich sehr gerne, aber  
die Brünetten, glaube ich, haben mehr Temperament.“

„Sie haben Recht.“  
„Lebensgefährtin, brünett, jung, mit  
einem Vermögen von 100,000 fl.“

„Wenn Sie das nicht hinzusetzen, so schreiben  
Ihnen ein paar Duzend Brünetten, mit denen Sie  
nichts anfangen können.“  
„und mit häuslichem Sinn.“

„Das können Sie nicht genug betonen. Sie  
wollen doch glücklich sein, nicht wahr? Nun wohl,  
das Geld macht's nicht, der hässliche Sinn ist die  
Hauptsache; ich werde es unterstreichen.“

„Damen, welche auf diesen ersten ge-  
meinten Heirathsantrag reflektiren, wol-  
len sich vertrauensvoll wenden an die  
Redaktion unter“

„Erfinden wir irgend ein Motto.“

„Wo Alles lücht, kann Karl allein nicht  
hassen!“

„Nein, verrathen wir Ihren Vornamen nicht,  
sagen wir:  
unter „Häuslicher Herd Nr. 100,000“

„Sehr gut. Und Sie meinen, daß ich damit  
ein anständiges Mädchen finden werde?“

„Ich meine? Ja meinen Sie, ich wäre ge-  
wissenlos genug, Sie zu einer Geldausgabe zu ver-  
leiten, wenn ich nur meinte? Ich garantiere Ihnen  
für den Erfolg. Was denken Sie sich denn eigent-  
lich von mir?“

„Nun, werden Sie nur nicht gleich böse!“  
„Ich werde nicht böse, aber mein freundschaft-  
liches Entgegenkommen sollte Ihnen sagen . . .“

„Gewiß, und ich danke Ihnen vom Herzen.“

„Sie haben gar nichts zu danken; Sie sind  
mein Freund, damit Basta!“

Man trug die Annonce in die Expedition einer  
Zeitung, und am zweiten Tage fand Karl dort ein  
reizend duftendes rothes Blechchen. Er las es unter  
nächtlichen Thormogel.

„Mein Herr!“

„Ich glaube an die Ehrlichkeit Ihrer Absichten,  
denn der würdige Herr Ihrer Annonce schloß mir Ver-  
trauen ein. So schreibt ein redlicher Mann. Also ich  
will mich Ihnen anvertrauen. Ich bin eine Witwe; bin  
brünett, 18 Jahre alt und nicht häßlich. Ich habe ein  
Vermögen von 92,000 fl., bin sehr häuslich erzo-  
gen, musikalisch und der französischen Sprache mäch-  
tig. Es ist mein schäntlicher Wunsch, mich mit einem  
braven Manne zu verbinden. Ich möchte glücklich  
sein. Schreiben Sie mir umgehend unter „Ida 44“,  
poste restante.“

Karl's Freude war namenlos. Er hätte aller  
Welt sein Glück erzählen mögen, und er raunte schnur-  
stracks in das Café, wo allein er seinen Freund Blech-  
mann zu finden mußte, da er weder dessen Wohnung  
noch die Straße kannte, in welcher das Geschäftshaus  
lag, bei dem sein Freund „betheiligt“ war, wie  
er sagte.

Blechmann war noch nicht dort. Der Keller  
brachte ihm Kaffee und einen Stof Zeitung, und  
er vertiefte sich ins Lesen. Doch die Politik kam  
ihm fauchbar langweilig vor; er nahm die „Zu-  
kunft“, aber die Bilder gefielen ihm nicht; er griff  
zu den „Fliegenden“, doch die besten Witze las er  
gedankenlos zwei, drei Mal und fand nichts zum  
Lachen darin. Endlich nahm er ein großes Wiener  
Blatt zur Hand, legte über das philosophische Feuille-  
ton seinen Brief, drückte sich in einen Winkel und  
las noch einmal:

„Mein Herr . . .“  
u. s. w. (Fortsetzung folgt.)

